

Antrag

des Landes Rheinland-Pfalz

Entschließung des Bundesrates zur Abwehr von Gefahren durch die Bovine Spongiforme Enzephalopathie und zur Rücknahme der Lockerung des Importverbotes für britisches Rindfleisch

- Antrag der Länder Saarland, Bayern und Baden-Württemberg, Hessen, Thüringen -

Punkt 19 der 756. Sitzung des Bundesrates am 10. November 2000

Der Bundesrat möge beschließen:

Die Entschließung wird wie folgt ergänzt:

“Der Bundesrat ist über die Entwicklung des BSE-Geschehens in Frankreich und anderen Mitgliedstaaten besorgt. Er fordert die Bundesregierung auf, bei der EU-Kommission um einen aktuellen Bericht über den Verlauf und die Bekämpfungsstrategien nachzusuchen und die EU-Kommission aufzufordern, unverzüglich die Bekämpfungsstrategie und deren Wirksamkeit insbesondere in Frankreich zu überprüfen und erforderlichenfalls auf sofortige Änderungen hinzuwirken. Dabei müsste auch ein Exportverbot in Erwägung gezogen werden, wenn der Verbraucherschutz anders nicht sichergestellt werden kann.

Die Bundesregierung wird gebeten, in diesem Zusammenhang deutlich zu machen, dass Dringlichkeitsmaßnahmen, wie sie für das Vereinigte Königreich getroffen wurden, auch in anderen Ländern mit endemischer BSE für erforderlich gehalten werden. Als Voraussetzung für den innergemeinschaftlichen Handel sind vergleichbar strenge Kontroll- und Bekämpfungsmaßnahmen notwendig.”

Ausgeliefert am

09. NOV. 2000

Die Begründung wird wie folgt ergänzt:

“In Verbindung mit dem aktuellen Zwischenfall in Frankreich sind erneut Zweifel an der Wirksamkeit der praktizierten BSE-Bekämpfungsstrategie aufgekommen. Diese beziehen sich vor allem auf differenzierte Erhebungen und Maßnahmen bei der Feststellung von BSE-Fällen. Diese Zweifel erhalten insbesondere unter Berücksichtigung der überproportionalen Zunahme der BSE-Fälle in Frankreich einen besonderen Stellenwert. Insofern ist es dringend erforderlich, dass die Kommission die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen überprüft, erforderlichenfalls sofortige Dringlichkeitsmaßnahmen (in Anlehnung an das Vorgehen im Vereinigten Königreich) einfordert sowie unter Einbeziehung des Verbraucherschutzprimats auch ein Exportverbot in Erwägung zieht. Da neben Frankreich auch andere Mitgliedstaaten in nicht unerheblichem Maße mit endemisch auftretender BSE konfrontiert sind und keine offiziellen Informationen über die dort jeweils implementierten besonderen Maßnahmen vorliegen, ist der für Frankreich postulierte Überprüfungsansatz auch auf diese Mitgliedstaaten auszuweiten.”